

Nepal im Überblick

zusammengestellt von Thomas Döhne

Tibetische Flüchtlinge unterbrechen Proteste wegen Wahlen

Die seit dem 10. März anhaltenden antichinesischen Proteste und Demonstrationen in Nepal wegen der Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung am 10. April sind von den tibetischen Flüchtlingen vorübergehend ausgesetzt worden. Die Straßenproteste waren zum Teil mit großer Brutalität von nepalischen Sicherheitskräften aufgelöst worden. Mehrfach hatten Exiltibeter unter anderem vor der chinesischen Botschaft demonstriert. Der chinesische Botschafter in Kathmandu hatte eine Presseerklärung veröffentlicht, in der er die nepalische Regierung aufforderte, keine weiteren Demonstrationen gegen China zu tolerieren. Auch die maoistische CPN-Maoist hat die Proteste der Tibeter verurteilt, da dies „die Freiheit und Souveränität des chinesischen Volkes gefährdet.“ Dies hat jedoch einen amerikanischen Bergsteiger nicht davon abhalten können, ein „Freiheit für Tibet“-Banner mit auf eine geplante Everest-Expedition mitzunehmen. Das Banner jedoch war vorzeitig von einer im Base-Camp stationierten 25-köpfigen Spezialeinheit der Polizei gefunden worden. Daraufhin wurde das Banner beschlagnahmt und gegen den Mann ein Everest-Besteigungsverbot verhängt.

Frauen kritisieren mangelnde Repräsentation bei Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung

Kurz vor den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung (VV) haben führende Politikerinnen Anfang April der parteienübergreifenden *Inter Party Women's Alliance* (IPWA) den politischen Parteien Wortbruch vorgeworfen. Die IPWA kritisierte, die Parteien hätten nicht genügend weibliche Kandidatinnen nominiert. So seien beim proportionalen Wahlsystem nur 23 Prozent, beim Direktwahlverfahren sogar nur zehn Prozent aller Kandidaten Frauen. Dies stünde im Widerspruch zur Selbstverpflichtung der Parteien, eine Quote von mindestens 33 Prozent Frauen bei den Wahlen aufzustellen. Außerdem seien Frauen zumeist dort nominiert worden, wo sie gegen starke männliche Kandidaten antreten müssten, was ihre Aussichten zusätzlich mindere.

Bhutanesische Flüchtlinge erhalten Reiseerlaubnis

Die nepalische Regierung hat Anfang Februar Reisedokumente ausgestellt, die den bhutanesischen Flüchtlingen eine Ausreise in Drittländer ermöglichen soll, sowie die Bearbeitung ihrer Anträge abgeschlossen ist. Das internationale Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR hat diese Entscheidung der nepalischen Behörden in einer ersten Stellungnahme begrüßt. Mehr als 107 000 bhutanesischen Flüchtlinge werden seit 17 Jahren in sieben Lagern in den beiden im östlichen Terai gelegenen Distrikten Jhapa und Morang festgehalten. Die Antragsverfahren der ausreisewilligen Flüchtlinge werden zurzeit bearbeitet. Die USA haben angeboten, 60 000 Flüchtlinge aufzunehmen, Kanada bis zu 5 000. Auch Australien, Dänemark, die Niederlande, Neuseeland und Norwegen haben ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen erklärt. Erste Gruppen sind inzwischen bereits in die USA ausgereist, eine größere Anzahl wird Nepal ab Juli 2008 verlassen.

Indischer Organhändler in Nepal festgenommen

Am 7. Februar ist in Nepal ein indischer Organhändler festgenommen worden. Dr. Amit Kumar, in einschlägigen Kreisen unter dem Spitznamen „Nieren-Kumar“ bekannt, soll in beträchtlichem Umfang in illegalem Organhandel verwickelt sein. Da er eine größere Summe ausländischer Devisen mit sich führte, wurde seine Festnahme offiziell mit einem Devisenvergehen begründet. Nach Polizeiangaben soll er in ersten Verhören zugegeben haben, mehr als 300 Nierentransplantationen in Indien durchgeführt und pro Patient zwischen 300 000 und 400 000 indische Rupien verlangt haben. In einem juristisch umstrittenen Eilverfahren wurde Kumar inzwischen an die indischen Behörden überstellt.

Neunjähriges Mädchen vor Zwangsheirat gerettet

Ein neunjähriges Mädchen im westnepalischen Doti-Distrikt ist durch das Eingreifen verschiedener Nichtregierungsorganisationen und der zuständigen Distriktbehörden vor einer Zwangsheirat gerettet worden. Der Vater des Kindes hatte seine Tochter dem Sohn eines Mannes versprochen, bei dem er 30 000

Rupien Spielschulden angehäuft hatte. Das Mädchen wurde dem Schutz des „*Women Development Office*“ übergeben und soll nun mit Unterstützung durch die Behörden eine Schulausbildung erhalten. Über juristische Schritte gegen den Vater wurde nicht berichtet.

Tharus weisen Zuordnung als „Madhesis“ zurück

Die etwa drei Millionen zumeist im westlichen Terai lebenden Tharu verstehen sich nicht als „Madhesis“ und weisen eine solche Zuordnung als „Verschwörung“ zurück. Auf einer Versammlung der *Tharu Welfare Assembly* Anfang Februar 2008 in Birendranagar, Surkhet Distrikt, erklärte Thakur Singh Tharu, Stellvertretender Präsident der Vereinigung, sein Volk leide unter der Unterdrückung durch die indischstämmigen Madhesis. Er kündigte an, die Tharu-Gemeinschaft werde eine politische Autonomiebewegung ins Leben rufen, um die Tharus vom „Kolonialismus der Madhesis“ zu befreien. Die Tharus zählen zu den Ureinwohnern des Terai und haben vermutlich bereits lange vor der Ankunft indischer Zuwanderer in ihrem heutigen Siedlungsgebiet gelebt. Sie verfügen über eine eigene Sprache und Kultur und sollen als einzige Ethnie über eine Malaria-Resistenz verfügen, die ihnen früher das Überleben im ehemals waldreichen und malariaverseuchten Terai ermöglichte.

Polizeischutz für Schmuggelware nach Tibet?

Anfang Februar wurden nach einer Meldung des staatlichen Rundfunksenders Radio Nepal zwölf Tonnen rotes Sandelholz in einem Lastwagen unter Polizeischutz zum Grenzübergang Tatopani transportiert, offensichtlich, um von dort nach Tibet geschmuggelt zu werden. Bereits in den vorangegangenen Monaten waren mehrere Fälle bekannt geworden, bei denen Hunderte Tonnen des wertvollen Tropenholzes von der maoistischen *Young Communist League* (YCL) beschlagnahmt worden waren, um den Schmuggel zu unterbinden. Die Beteiligung und mögliche Verwicklung der Polizeibehörden in den illegalen Holzhandel wurde nicht weiter kommentiert.

Erdbebenrisiko in Kathmandu

Die Bewohner des Kathmandutals sind einem erheblichen Erdbebenrisiko ausgesetzt und vermutlich stärker gefährdet als die Menschen in der japanischen Stadt Kobe, einem der am stärksten erdbebengefährdeten Orte der Welt. Dies geht aus einem Bericht hervor, den

der Leiter der staatlichen Abteilung für Stadtentwicklung und Bau, Surya Bhakta Sagucha, im Januar 2008 der Öffentlichkeit vorstellte. Die rasche Urbanisierung, eine schnell wachsende Bevölkerung und nachlässig unter Verletzung der Bauvorschriften gebaute Häuser werden als Ursache für dieses eklatante Sicherheitsrisiko genannt. Im Kathmandutal werden jährlich über 6000 neue Häuser gebaut.

Noch immer hundert Menschen in maoistischer Gefangenschaft

Aus einem im Januar von der Menschenrechtsorganisation *Informal Sector Service Center* (INSEC) veröffentlichten Bericht geht hervor, dass noch immer über 100 Menschen in den Distrikten Pyuthan, Salyan und Jajarkot von den Maoisten in so genannten „Arbeitslagern“ gefangen gehalten werden. Dies ist nach Auffassung von INSEC ein Verstoß gegen den im November 2006 zwischen den Maoisten und der Regierung abgeschlossenen Friedensvertrag. In dem Bericht wird außerdem erwähnt, dass die Gefangenen zur Teilnahme an ideologischen Schulungen verpflichtet werden.

Kindersterblichkeit rückläufig, Unterernährung weiter ein großes Problem

Die Gesundheitsversorgung von Kindern in Nepal hat sich in den vergangenen zehn Jahren stark verbessert. Die Sterblichkeit bei Kindern unter fünf Jahren ist in diesem Zeitraum um 67 Prozent gesunken. Nach Angaben des jüngsten UNICEF-Berichts zur Lage der Kinder sterben in Nepal 59 von 1000 lebend geborenen Kindern, bevor sie das sechste Lebensjahr erreichen. Bei der Bekämpfung von Unterernährung wurden dagegen in den letzten zehn Jahren keine nennenswerten Fortschritte erzielt.

Asiatische Entwicklungsbank finanziert Internet in ländlichen Gebieten Nepals

Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) hat 25 Millionen Dollar an Zuschüssen zur Finanzierung der Verbreitung von Internet und anderen Informationstechnologien in ländlichen Gebieten Nepals zugesagt. Mit diesen Geldern sollen auf der Grundlage von öffentlich-privaten Partnerschaften Breitbandnetzwerke aufgebaut und auch die staatliche Infrastruktur und Kommunikationsnetze verbessert werden. Aufgrund der besonderen geografischen Lage Nepals wird der Informations- und Kommunikationstechnologie eine besondere Rolle bei der Entwicklung des Landes beigemessen.

Täglich acht Stunden Stromausfall

Anfang Februar kündigte die staatliche Elektrizitätsgesellschaft NEA ihren Kunden aufgrund von Wartungsarbeiten im Kraftwerk Kulekhani II Stromausfälle von täglich bis zu acht Stunden und wöchentlich 48 Stunden an. Bereits während der Wintermonate zuvor hatte es regelmäßige Powercuts von bis zu 36 Stunden pro Woche gegeben. Da sich die Energienachfrage im letzten Jahrzehnt stark erhöht hat, die erzeugte Strommenge jedoch nahezu gleich geblieben ist, kommt es in den regenarmen Monaten des Jahres regelmäßig zu Engpässen bei der Stromversorgung.

Finnland schickt forensische Experten wegen vermutetem Massengrab

Zwei forensische Expert/innen sind Anfang Februar nach Nepal gereist, um in einem nördlich von Kathmandu gelegenen Waldstück nach Hinweisen auf ein vermutetes Massengrab zu suchen. Die nationale Menschenrechtskommission (NHRC) hatte dort im Dezember 2007 eine Stelle in dem von der nepalischen

Armee bewachten Shivapuri Nationalpark ausgemacht. Die NHRC vermutet, dass sich dort Überreste von 49 „Verschwundenen“ finden lassen, die sich bis zu ihrem Verschwinden in Armeehaft befunden hatten.

Straflosigkeit weiter ein ungelöstes Problem

Die Stellvertretende Hochkommissarin für Menschenrechte Kyung-wha Kang hat am Ende ihres fünftägigen Besuchs in Nepal auf einer Pressekonferenz in Kathmandu Mitte Februar erklärt, es hätte bisher keinen Fortschritt bei der juristischen Aufarbeitung der während des maoistischen Aufstands verübten Menschenrechtsverbrechen gegeben: „Als die Hochkommissarin [Louise Arbour] vor einem Jahr Nepal besuchte, sprach sie vor allem zwei Themen an: die Notwendigkeit, Straflosigkeit zu beenden und lang anhaltende Diskriminierung zu beenden. Ein Jahr später ist Straflosigkeit in Nepal immer noch ein ungelöstes Problem.“ Das Abkommen zur Aufklärung des Status der Verschwundenen und die Einrichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission müsse schnellstmöglich umgesetzt werden.

Nepal wird Maosthan

Verfassungsgebende Versammlung gewählt

Thomas Döhne

In Nepal ist am 10. April 2008 ein politisches Großereignis über die Bühne gegangen. Im dritten Anlauf – bereits zweimal zuvor waren vorgesehene Wahltermine kurzfristig abgesagt worden – haben dort erstmals seit der Staatsgründung vor 238 Jahren Wahlen für eine Verfassungsgebende Versammlung stattgefunden. Diese Wahlen gelten als Meilenstein auf dem Weg zu einer politischen Neuordnung des von zehn Jahren Bürgerkrieg gezeichneten Landes und zur Etablierung einer repräsentativer Demokratie.

Die Stimmen sind ausgezählt und das Ergebnis der Wahlen deutet auf eine signifikante Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse im Land hin. Zur Überraschung vieler ist die Kommunistische Partei Nepal-Maoisten (CPN-M) als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgegangen. Mit dem *Madesh Janadbhikari Forum* (MJF) und der *Terai Madhesh*

Loktantrik Party (TMLP) konnten zwei erst kürzlich gegründete regionale Parteien aus dem nepalischen Tiefland aus dem Stand in die Gruppe der fünf stärksten Parteien aufsteigen. Die politischen Konsequenzen dieses Wahlausgangs sind noch nicht absehbar. Fest steht allerdings schon jetzt: die Wegmarken einer politischen Kräfteverschiebung sind gesetzt.

In einem kombinierten Wahlverfahren aus Direktwahl und proportionalen Listenwahl waren am 10. April 2008 ca. 17,5 Millionen Wahlberechtigte aufgefordert, je zwei Stimmen abzugeben. 240 der insgesamt 601 Sitze in der Verfassungsgebenden Versammlung wurden an erfolgreiche Direktkandidaten vergeben, 335 nach Parteienproporz auf